

Schulsozialarbeit

Daten und Fakten

Die Mitte

CDU



Schulsozialarbeit

Daten und Fakten

Schule ist für unsere Kinder nicht nur ein „Lernort“, sondern auch ein „Lebensort“. Vielerorts wurden auch deshalb Ganztagschulen eingeführt, die zusätzliche Angebote außerhalb des Unterrichts vorhalten. Neben dem Unterricht selbst und begleitenden Aktivitäten, die das Lernen unterstützen, spielen dabei auch soziale Aufgaben eine Rolle: Suchtprobleme, Gewalt und Schulverweigerung sind heute an vielen Schulen leider keine Seltenheit mehr. Suchtprobleme müssen erkannt und behandelt werden. Gewalt und Schulverweigerung, müssen zurückgehen.

Dazu gibt es an den Schulen unterschiedliche sozialpädagogische Ansätze. Diese sollen vor allem an Schulen in sozialen Brennpunkten verstärkt zum Tragen kommen. Landkreise, Städte und Gemeinden wissen dabei am besten, an welchen Schulen der Einsatz sozialpädagogischer Fachkräfte notwendig ist. Uns ist deshalb wichtig, dass die Entscheidung darüber vor Ort getroffen wird.

Worum geht es bei der aktuellen Diskussion um die Schulsozialarbeit?

Die CDU-geführte Bundesregierung hat den Ländern für die Jahre 2011 bis 2013 jeweils 400 Millionen Euro für Schulsozialarbeit und für das außerschulische Hort-Mittagessen von Schülerinnen und Schülern zur Verfügung gestellt. Dies wurde im Rahmen des Vermittlungsausschusses zum Bildungs- und Teilhabepaket Anfang 2011 beschlossen. Jetzt fordert die SPD, diese Finanzierung dauerhaft fortzuführen. Die CDU lehnt das ab. Aus guten Gründen:

- Dieses Geld war von Anfang an nur als Anschubfinanzierung gedacht.
- Gemeinsam wurde vereinbart, dass diese Anschubfinanzierung 2013 ausläuft.
- Ab 2014 liegt die Verantwortung wieder allein bei Ländern und Kommunen.
- Eine dauerhafte, zweckgebundene Finanzierung der Schulsozialarbeit durch den Bund verbietet das Grundgesetz. Denn die Zuständigkeit für das Schulwesen liegt allein bei den Ländern.

Der Bund wird sich nach dem Auslaufen der Anschubfinanzierung nicht direkt an der Finanzierung der Schulsozialarbeit beteiligen. Dies wäre ein Verstoß gegen unsere Verfassung, da allein die Länder für Bildung zuständig sind. Eine projektbezogene Bezuschussung wäre ein nicht zulässiger Eingriff des Bundes in die Schulhoheit der Länder.

Auf welchem Weg erhalten die Länder bislang das Geld, um die Schulsozialarbeit zu finanzieren?

Die Schulsozialarbeit war nicht Teil des Bildungspakets. Sie wird deshalb auch nicht aus Mitteln des Bildungspakets finanziert. Die jeweils rund 400 Millionen Euro für die Jahre 2011 bis 2013 werden über eine um 2,8 Prozentpunkte erhöhte Beteiligung des Bundes an den Leistungen für Unterkunft und Heizung in der Grundsicherung für Arbeitsuchende zur Verfügung gestellt.

Eine direkte Finanzierung der Schulsozialarbeit würde einen Verstoß gegen unsere Verfassung bedeuten, da die Länder für Bildung zuständig sind.

Haben die Kommunen Geld, um die Aufgabe selbst zu finanzieren?

Landkreise, Städte und Gemeinden stehen heute deutlich besser da, als zu Zeiten von Rot-Grün.

- Von der guten wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland profitieren die Kommunen durch deutlich gestiegene Steuereinnahmen: Mit einem Zuwachs von 6,6 Prozent gegenüber dem Jahr 2011 sind die Kommunalfinanzen heute auf einem guten Weg.
- Darüber hinaus entlastet der Bund die Kommunen massiv, indem er ab 2014 die Finanzierung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung vollständig übernimmt. Das bedeutet für die Kommunen in den Jahren 2013 bis 2016 eine Entlastung um 18,5 Milliarden Euro. Eine vergleichbare Entlastung hat es noch nie gegeben.

Mit dem Auslaufen der Anschubfinanzierung verfügen Länder und Kommunen also sehr wohl über die notwendigen Mittel, um Schulsozialarbeit und Hortessen auf sichere Füße zu stellen.

Rot-Grün betreibt Politik auf dem Rücken unserer Kinder

Eine Weiterführung der Finanzierung der Schulsozialarbeit durch die Bundesregierung über das Jahr 2013 hinaus widerspricht den klaren politischen Absprachen zwischen Regierung und Opposition. Sie widerspricht auch dem Anspruch der Länder auf Bildungshoheit.

Erneut zeigt sich, dass Rot-Grün weder unsere Verfassung achtet noch mit Geld umgehen kann. Vielmehr versuchen SPD und Grüne, den Streit auf dem Rücken unserer Kinder, ihrer Eltern, der Lehrerinnen und Lehrer sowie der befristet eingestellten Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter auszutragen. „Politik für die Menschen“ sieht anders aus!

Stand: 3. Mai 2013